

## **Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag**

### **B 462 Tunnel Freudenstadt FESTSTELLUNGSENTWURF**

#### **Unterlage 19.3**

<b>Aufgestellt:</b>  Regierungspräsidium Karlsruhe Abt. 4 Straßenwesen und Verkehr Ref. 44 Straßenplanung  Karlsruhe, den gez. C. Hackbarth	

**November 2020**

**B 462 Tunnel Freudenstadt  
Unterlage 19.3  
Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag**

**FESTSTELLUNGSENTWURF**

**Auftraggeber:** Straßenbauverwaltung Baden-Württemberg  
Regierungspräsidium Karlsruhe  
Abteilung 4 Straßenwesen und Verkehr, Ref. 44  
Schlossplatz 4 – 6  
76131 Karlsruhe

**Bearbeitung:** Emch+Berger GmbH  
Ingenieure und Planer  
Umwelt- und Landschaftsplanung  
Lorenzstraße 34  
76135 Karlsruhe

**Projektbearbeitung:** Dipl. Biologe M. Riehle  
Dipl. Ing. Landschaftsplanung M. Kern  
Dipl. Landschaftsökologe A. Neumann

Karlsruhe, den 27.11.2020

**Impressum**

Erstelldatum: November 2020  
letzte Änderung: 27.11.2020  
Autor: Riehle/Kern/Neumann  
Auftragsnummer: 000.10.010  
Dateiname: E\_201127\_Unterlage\_19.3\_saP\_Tunnel\_Freudenstadt.docx  
Seitenzahl: 12

---

<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>Seite</b>
<b>1 Einleitung</b>	<b>1</b>
1.1 Anlass	1
1.2 Aufgabenstellung	1
1.3 Rechtliche Grundlagen	1
<b>2 Grundlagen</b>	<b>3</b>
<b>3 Methodisches Vorgehen</b>	<b>4</b>
<b>4 Vorprüfung</b>	<b>4</b>
4.1 Geschützte Arten / potenziell relevante Arten	4
4.2 Auswahl der relevanten Arten / Relevanzprüfung	5
4.2.1 Arten nach Anhang IV FFH-Richtlinie	5
4.2.2 Europäische Vogelarten	6
<b>5 Vorhaben und Wirkungen des Vorhabens</b>	<b>7</b>
5.1 Vorhaben	7
5.2 Wirkfaktoren und Wirkungen des Vorhabens	7
<b>6 Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung und vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen)</b>	<b>7</b>
6.1 Vermeidungsmaßnahmen	7
6.2 Vorgezogene Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen)	8
6.3 Maßnahmen zur Sicherung/ Verbesserung des Erhaltungszustandes (FCS-Maßnahmen)	8
<b>7 Prüfung der Verbotstatbestände</b>	<b>8</b>
7.1 Fledermäuse	9
7.2 Avifauna	10
<b>8 Ausnahmeprüfung und Risikomanagement</b>	<b>11</b>
<b>9 Zusammenfassung</b>	<b>11</b>
<b>10 Literatur und Quellen</b>	<b>12</b>

# 1 Einleitung

## 1.1 Anlass

Durch die Stadt Freudenstadt verlaufen derzeit zwei Bundesstraßen, die B 462 und die B 28. Beide treffen im Zentrum von Freudenstadt - dem Marktplatz - zusammen. Dies hat zur Folge, dass das Zentrum von Freudenstadt eine sehr hohe Verkehrsbelastung aufweist.

Insbesondere die wegen den „widrigen“ Verkehrsverhältnissen und den damit verbundenen Lärm- und Schadstoffbelastungen gesunkene Aktivität als heilklimatischer Kurort macht es dringend erforderlich, eine unverzügliche Verkehrsentlastung des Stadtkerns zu finden.

2012 wurde mit der Umsetzung des östlich an das Tunnelvorhaben anschließenden Projektes „Vierspuriger Ausbau der Stuttgarter Straße in Freudenstadt“ begonnen.

Die Straßenbauverwaltung Baden-Württemberg plant aktuell den Neubau eines unterhalb des Stadtgebietes von Freudenstadt verlaufenden Tunnels mit Anschluss an die B 28 im Osten und die bestehende B 462 im Westen. Der Tunnel Freudenstadt B 462 (neu) ist im Bundesverkehrswegeplan 2030 als „Vordringlicher Bedarf“ eingestuft.

## 1.2 Aufgabenstellung

In der vorliegenden Artenschutzrechtlichen Prüfung (saP) wird ermittelt und dargestellt ob durch Wirkfaktoren der im Zuge des Vorhabens geplanten straßenbaulichen Maßnahmen Beeinträchtigungen von Pflanzen und Tieren zu erwarten sind, die artenschutzrechtliche Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG bezüglich der gemeinschaftsrechtlich geschützten Arten (alle europäischen Vogelarten sowie Arten des Anhangs IV FFH- Richtlinie) auslösen können. Zudem sind die naturschutzfachlichen Voraussetzungen für eine ggf. erforderliche Ausnahme von den Verboten gem. § 45 Abs. 7 BNatSchG zu prüfen.

## 1.3 Rechtliche Grundlagen

Nach § 44 BNatSchG Abs. 1 sind folgende Tatbestände verboten:

1. wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
2. wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,
3. Fortpflanzungs- und Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
4. wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören.

Dabei definiert § 7 BNatSchG, welche Tier- und Pflanzenarten besonders bzw. streng geschützt sind. Nach § 7 Abs. (2) Nr. 13 sind besonders geschützte Arten:

- a) Tier- und Pflanzenarten, die in Anhang A oder Anhang B der Verordnung (EG) Nr. 338/97 des Rates vom 9. Dezember 1996 über den Schutz von Exemplaren wildlebender Tier- und Pflanzenarten durch Überwachung des Handels (ABl. L 61 vom 3.3.1997, S. 1, L 100 vom 17.4.1997, S. 72, L 298 vom 1.11.1997, S. 70, L 113 vom 27.4.2006, S. 26), die zuletzt durch die Verordnung (EG) Nr. 318/2008 (ABl. L 95 vom 8.4.2008, S. 3) geändert worden ist, aufgeführt sind,
- b) nicht unter Buchstabe a) fallende
  - aa) Tier- und Pflanzenarten, die in Anhang IV der Richtlinie 92/43/EWG (FFH-RL) aufgeführt sind,
  - bb) "europäische Vogelarten" (Artikel 1 VS-RL)
- c) Tier- und Pflanzenarten, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Absatz 1 aufgeführt sind.

Gemäß § 7 Abs. (2) Nr. 14 sind streng geschützte Arten, besonders geschützte Arten, die:

- a) in Anhang A der Verordnung (EG) Nr. 338/97,
- b) in Anhang IV der Richtlinie 92/43/EWG (FFH-RL),
- c) in einer Rechtsverordnung nach § 54 Absatz 2 gelistet sind.

Die streng geschützten Arten sind demnach eine Teilmenge der besonders geschützten Arten.

Mit dem Inkrafttreten des "Gesetzes zur Neuregelung des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege" vom 29.07.2009 entfällt ab dem 01.03.2010 die Regelung nach § 19 Abs. 3 Satz 2 BNatSchG (2002). Dementsprechend entfällt auch eine spezielle Auseinandersetzung mit den national streng geschützten Arten in der saP. Somit bleibt der besondere Artenschutz nach § 44 Abs. 1 auf die gemeinschaftsrechtlich geschützten Arten, europäischen Vogelarten sowie Arten des Anhangs IV FFH-Richtlinie beschränkt.

Die Prognosen hinsichtlich möglicher Tatbestände nach § 44 Abs.1 und 5 BNatSchG werden nach dem Ablaufschema nach KRATSCH et al. (2018, vgl. Abbildung 2) bearbeitet.

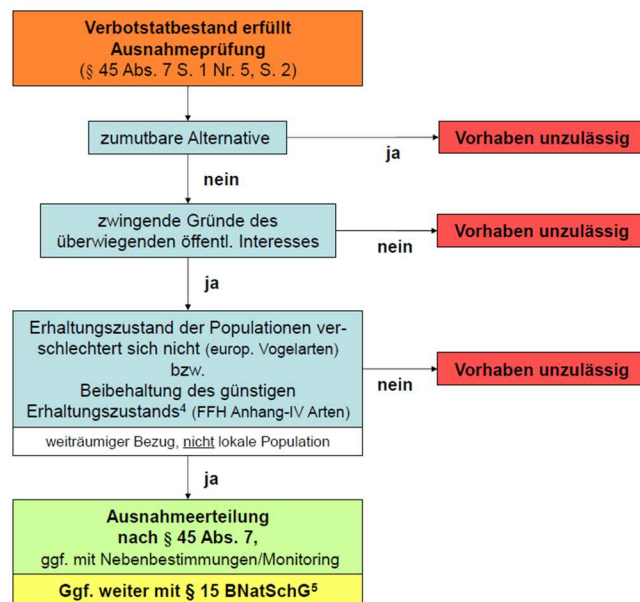
Für besonders oder streng geschützte Arten, die nicht im Anhang IV FFH-RL genannt sind bzw. nicht zu den europäischen Vogelarten zählen sind, nach derzeitiger Rechtslage, im Zuge der Eingriffsregelung nach § 15 BNatSchG zu berücksichtigen. Hierunter fallen auch Arten des FFH-Anhangs II, unter Berücksichtigung von § 19 BNatSchG. Bei Anhang II-Arten sind mögliche nachteilige Auswirkungen artbezogen zu ermitteln (vgl. KRATSCH et al. 2018).

Gemäß § 67 Abs. 1 BNatSchG kann von den Verboten des § 44 BNatSchG eine Befreiung gewährt werden, wenn:

1. dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art, notwendig ist oder
2. die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde und die Abweichung mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar ist.

Als Voraussetzung für die Befreiung von den bundesdeutschen artenschutzrechtlichen Verboten ist demnach zu überprüfen, ob die Verbotstatbestände der FFH- und/oder der Vogelschutzrichtlinie erfüllt sind. Ist dies der Fall, ist zu prüfen, ob von diesen Verboten begründet entsprechend Art. 16 FFH bzw. Art. 9 VS-RL abgewichen werden kann.

#### Ausnahmeprüfung nach § 45 Abs. 7 BNatSchG



<sup>4</sup> Wenn kein günstiger Erhaltungszustand als Ausgangslage vorhanden ist, kann unter „außergewöhnlichen Umständen“ die Ausnahmen trotzdem erteilt werden (siehe hierzu Urteil des EuGH vom 14.9.2007 (C-94/200)).

<sup>5</sup> Die Aspekte, die nicht von den Verbotstatbeständen des § 44 Abs. 1 erfasst sind (z.B. Nahrungshabitate) sind ggf. im Rahmen der Eingriffsregelung zu prüfen.

© Kratsch, D., Matthäus, G., Frosch, M. (November 2012)

**Abbildung 1** Ablaufschema der artenschutzrechtlichen Prüfung nach § 44 Abs. 1 und 5 BNatSchG

## 2 Grundlagen

Im Jahr 2016 erfolgten als Grundlage für den Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag Kartierungen der Avifauna, Reptilien, Amphibien, Heuschrecken und Tagfalter (SCHULTE 2016). Weiterhin wurden von 2010 bis 2011 die Fledermäuse (DIETZ 2014) untersucht und es fand eine Gewässeruntersuchung des Forbach statt, in dessen Rahmen auch eine Fischerhebung berücksichtigt wurde (BERNAUER 2016). Eine Nachuntersuchung zum winterlichen Vorkommen von Fledermäusen an der Rußhütte erfolgte im Winter 2019/2020. Auch die Realnutzung wurde aktuell in 2020 auf Plausibilität überprüft.

### 3 Methodisches Vorgehen

Im Rahmen einer Vorprüfung werden die im Rahmen der faunistischen und floristischen Erhebungen vorhandenen Arten entsprechend deren Vorkommen im Eingriffsbereich sowie der Wirkungen des Straßenbauvorhabens abgeschichtet und prüfungsrelevante Arten bestimmt. Die Ergebnisse der Bestandserfassung sind dabei ausführlich in Unterlage 19.1 aufgeführt und werden in der Artenschutzrechtlichen Prüfung zur Vermeidung von Verdopplungen nicht erneut aufgezählt.

Mittels einer Relevanzprüfung werden anschließend das derzeit bekannte Verbreitungsgebiet, die Habitatansprüche sowie eine möglicherweise vorhabenbezogene Betroffenheit artbezogen geprüft. Hiermit soll eine Eingrenzung der zu erfassenden Artengruppen bzw. Einzelarten erreichen werden.

In der Konfliktanalyse (Prognose artenschutzrechtlicher Tatbestände) werden planungsrelevante Wirkfaktoren sowie vorhabenbedingt zu erwartende Beeinträchtigungen hinsichtlich möglicher Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG auf die detailliert untersuchten Artengruppen bzw. Einzelarten hin geprüft. Die Abarbeitung erfolgt mittels eines Formblattes (vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG 2009). Die Prüfung erfolgt dabei auf Grundlage artspezifisch abgeleiteter Maßnahmen zur Vermeidung bzw. vorgezogener Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen). Aussagen zu erforderlichen Kontrollen bzw. Monitoring-Untersuchungen und zu Prognoseunsicherheiten sind im Risikomanagement angegeben.

In der Zusammenfassung sind die Arten darzustellen, für die Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG ausgeschlossen werden können. Arten für die eine Ausnahmeprüfung erforderlich wird, sind festzustellen.

Sofern erforderlich schließen sich die Arbeitsschritte der Ausnahmeprüfung an.

### 4 Vorprüfung

An das als prüfungsrelevant ermittelte Artenspektrum werden folgende Auswahlkriterien angelegt:

- Vorkommen im unmittelbaren Eingriffsbereich
- Vorkommen im Wirkungsraum des Vorhabens und
- Empfindlichkeit gegenüber den vorhabenspezifischen Wirkfaktoren.

Arten, die mindestens eine Empfindlichkeit gegenüber mindestens einem der vorhabenspezifischen Wirkfaktoren aufweist, werden als prüfungsrelevante, betroffene Arten eingestuft (vgl. Hinweise zum Formblatt).

#### 4.1 Geschützte Arten / potenziell relevante Arten

Hinsichtlich der speziellen Artenschutzprüfung sind zunächst alle im Gebiet vorkommenden, in Anhang IV aufgeführten bzw. streng geschützte Arten sowie die europäischen Vogelarten potenziell relevant. Mögliche Beeinträchtigungen übriger seltener bzw. besonders geschützten Arten werden im Rahmen der Eingriffsregelung behandelt.

## 4.2 Auswahl der relevanten Arten / Relevanzprüfung

### 4.2.1 Arten nach Anhang IV FFH-Richtlinie

<b>Säugetiere</b>	In Baden-Württemberg sind Vorkommen von Biber, Feldhamster und Haselmaus sowie für 21 Fledermausarten gegeben. Ein Vorkommen von Biber und Feldhamster ist aufgrund deren Verbreitungsgebiete nicht gegeben. Ein mögliches Vorkommen der Haselmaus ist aufgrund der Biotopausstattung in den Eingriffsbereichen nicht zu erwarten, Kartierungen wurden dementsprechend nicht durchgeführt. Aufgrund des Baumbestandes am Waldrand, an Einzelbäumen am Ostportal sowie im Gehölzbestand an der Boschenlochkurve ist ein Vorkommen von Fledermausquartieren in Form von Höhlungen und Spalten an abplatzender Rinde denkbar. Weiterhin war an Gebäuden und Durchlässen Quartiersstrukturen vorhanden. Daher wurden Erfassungen in Form von Transektbegehungen mit Fledermausdetektoren und Quartierkontrollen durchgeführt. <b>Die neun nachgewiesenen Fledermausarten werden als prüfungsrelevant erachtet.</b>
<b>Reptilien</b>	Im Rahmen der Reptilienkartierung wurden in 2016 die Blindschleiche und die Kreuzotter nachgewiesen. Die Funde beschränken sich auf das Christophstal. Zusätzlich wurden im Jahr 2011 die Zauneidechse und die Waldeidechse am südlichen Ende des Christophstals außerhalb der Eingriffsbereiche nachgewiesen. An den Portalen wurden dagegen keine Reptilien gesichtet. Reptilien sind daher <b>nicht prüfungsrelevant.</b>
<b>Amphibien</b>	Im Rahmen der Erhebungen wurden fünf verschiedene Amphibienarten nachgewiesen. Die Fundnachweise beschränken sich hier auf das Christophstal. Streng geschützte und im Anhang IV der FFH-RL geführte Arten konnten dabei nicht nachgewiesen werden. Amphibien sind daher <b>nicht prüfungsrelevant.</b>
<b>Käfer</b>	In Baden-Württemberg sind Vorkommen folgender Käferarten prinzipiell gegeben: Alpenbock, Eremit, Heldbock und Schmalbindiger Breitflügel-Tauchkäfer. Ein mögliches Vorkommen der genannten Käfer ist aufgrund der Biotopausstattung in den Eingriffsbereichen nicht zu erwarten, Kartierungen wurden dementsprechend nicht durchgeführt. Die Käfer sind daher <b>nicht prüfungsrelevant.</b>
<b>Nachtfalter</b>	In Baden-Württemberg treten folgende Nachtfalterarten auf: Haarstrangeule und Nachtkerzenschwärmer. Ein mögliches Vorkommen der genannten Nachtfalter ist aufgrund der Biotopausstattung bzw. fehlender Wirtspflanzen in den Eingriffsbereichen nicht zu erwarten, Kartierungen wurden dementsprechend nicht durchgeführt. Die Nachtfalter sind daher <b>nicht prüfungsrelevant.</b>
<b>Tagfalter</b>	Im Rahmen der Erhebungen konnten im Bereich des Christophstals mehrere seltene Tagfalterarten nachgewiesen werden. Diese sind jedoch allesamt nicht als streng geschützte Arten eingestuft. Die Tagfalter sind daher <b>nicht prüfungsrelevant.</b>

<b>Libellen</b>	Aufgrund fehlender Biotopstrukturen im Eingriffsbereich wurden keine Erhebungen zu Libellen durchgeführt. Libellen werden als <b>nicht prüfungsrelevant</b> erachtet.
<b>Schnecken</b>	Aufgrund fehlender Oberflächengewässer im Eingriffsbereich werden Schnecken <b>nicht näher betrachtet</b> .
<b>Muscheln</b>	Aufgrund fehlender Oberflächengewässer im Eingriffsbereich werden Muscheln <b>nicht näher betrachtet</b> .
<b>Farn- und Blütenpflanzen</b>	In Baden-Württemberg sind Vorkommen folgender Pflanzenarten prinzipiell gegeben: Biegsames Nixenkraut, Bodensee-Vergissmeinnicht, Dicke Trespe, Europäischer Dünnfarn, Frauenschuh, Kleefarn, Kriechender Sellerie, Liegendes Büchsenkraut, Silberscharte, Sommer-Schraubenstendel, Sumpf-Glanzkraut und Sumpf-Siegwurz. Für alle genannten Arten liegen keine Hinweise auf ein Vorkommen in Planungsraum vor. Die Farn- und Blütenpflanzen sind daher <b>nicht prüfungsrelevant</b> .

#### 4.2.2 Europäische Vogelarten

Bei der Erfassung der Avifauna konnten insgesamt 53 Vogelarten mit Bezug zu den drei Untersuchungsräumen bzw. Bezugsräumen „Westportal“, „Ostportal“ und „Christophstal“ kartiert werden (siehe Unterlage 19.1, Tabelle 2). Davon können 37 Arten im Planungsraum als Brutvögel eingestuft werden. Die Art der Vorwarnliste **Haussperling** konnte im Bereich des Ostportals mit 7 Brutrevieren nachgewiesen werden. Die meisten Brutreviere wurden an den Gebäuden außerhalb der Trasse, eines im Bereich der Rußhütte erfasst, die Art ist somit **prüfungsrelevant**. Das Brutrevier des Stares am Ostportal dagegen ist am Gebäude des Baureferats Süd platziert, welches durch die Baumaßnahme nicht verändert wird. Hierfür wird daher keine Prüfungsrelevanz abgeleitet.

Weiterhin wird die **Gilde der Baum-/Höhlen- und Gebüschbrüter** als prüfungsrelevant erachtet, da im Zusammenhang mit dem Vorhaben baubedingte Gehölzverluste auftreten.

## 5 Vorhaben und Wirkungen des Vorhabens

### 5.1 Vorhaben

Die Maßnahme umfasst den Neubau des Tunnels Freudenstadt, mit Anschluss an die B 28 im Osten und die bestehende B 462 im Westen. Die Anschlüsse des neu herzustellenden Tunnels werden dabei über zwei ebenfalls neu herzustellende Knoten mit dem Bestandsnetz verknüpft (siehe auch Unterlage 19.1, Kapitel 4.1.1).

### 5.2 Wirkfaktoren und Wirkungen des Vorhabens

Folgende Wirkungsräume werden in Unterlage 19.1 unterschieden und ausführlich beschrieben (siehe Kapitel 4.1.2):

- Wirkungsraum – Fahrbahn der B 28 und B 462 vor den Tunnelportalen, Anschlüsse an untergeordnete Straßen und begleitende Wege
- Wirkungsraum – Böschungen und Bankette der B 28 und B 462 vor den Tunnelportalen, sowie Lärmschutzwälle im Bereich des Ostportales
- Wirkungsraum – Baustelleneinrichtungsflächen im Bereich der Tunnelportale, Bereiche der offen gebauten Tunnelabschnitte, Hangvorschüttung unterhalb der Boschenlochkurve
- Wirkungsraum – Zone erhöhter betriebsbedingter Schadstoffbelastung (entlang der Straße sowie im Forbach aufgrund der Einleitung von Straßenwasser und chloridhaltigem Bergwasser)

In den Wirkungsräumen werden jeweils baubedingte, anlagebedingte und betriebsbedingte Auswirkungen unterschieden (siehe Unterlage 19.1, Kapitel 4.1.2)

## 6 Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung und vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen)

### 6.1 Vermeidungsmaßnahmen

Folgende Vermeidungsmaßnahmen leiten sich aus dem speziellen Artenschutz ab:

- **1.2 V:** Errichtung von Schutzzäunen entlang der Waldränder und wertvoller Gehölzbestände zur größtmöglichen Sicherung von Lebensräumen der Baum-/Höhlen- und Gehölzbrüter
- **1.3 V:** Einzelbaumschutz gemäß DIN 18920 von erhaltenswerten Bäumen am Ostportal und entlang der Stuttgarter Straße zur größtmöglichen Sicherung von Lebensräumen der Baum-/Höhlen- und Gehölzbrüter
- **1.4 V<sub>CEF</sub>:** Erhalt des Durchlasses an der Boschenlochkurve
- **1.5 V<sub>CEF</sub>:** Kontrolle auf aktuellen Besatz von Fledermäusen in Spalten und Ritzen sowie von Haussperlingen im Vorfeld der Abbrucharbeiten der Rußhütte. Vorübergehende Anbringung von künstlichen Nisthilfen für den Haussperling zur Aufrechterhaltung der ökologischen Funktion und Schaffung von Ausweichmöglichkeiten zur Kompensation eines Verlusts bzw. Beeinträchtigungen von Quartiersstrukturen des Haussperlings sowie im Bedarfsfall vorübergehende Anbringung und Unterhaltung von Fledermaus-

Nistkästen bis die Funktionsfähigkeit der Strukturen an der Rußhütte wieder hergestellt ist.

- Rodung der Gehölze im gesetzlich vorgeschriebenen Zeitraum von Anfang Oktober bis Ende Februar außerhalb der Vogelbrutzeit

Die detaillierte Darstellung der Vermeidungsmaßnahmen erfolgt in Unterlage 19.1, Kapitel 3.2 bzw. in Unterlage 9.1, Kapitel 3).

## **6.2 Vorgezogene Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen)**

- **6 A<sub>CEF</sub>**: Wiederaufbau der Rußhütte einschließlich geeigneter, adäquater Sommer- und Winterquartiersstrukturen für Fledermäuse. Der Wiederaufbau der Rußhütte ermöglicht auch die Wiederherstellung von Habitatstrukturen für den Haussperling analog zur Bestandssituation.

Zur Aufrechterhaltung der ökologischen Funktion der Jagdgebiete von Fledermäusen zählen auch folgende Ausgleichs- und Gestaltungsmaßnahmen mit Gehölzbezug, auch wenn diese sich nicht explizit und ausschließlich aus dem Artenschutzrecht ableiten:

- **5 A**: Waldumbau durch Entfernung standortfremder Fichten und Anpflanzung standortgerechter Baumarten
- **3.3 G/A**: Entwicklung naturnaher Waldrand
- **3.4 G/A**: Aufforstung Wald im Bereich der Boschenlochkurve
- **3.6 G/A**: Gehölzansaat in Böschungslagen

## **6.3 Maßnahmen zur Sicherung/ Verbesserung des Erhaltungszustandes (FCS-Maßnahmen)**

FCS-Maßnahmen werden nicht erforderlich.

## **7 Prüfung der Verbotstatbestände**

Die Erhebungsmethodik sowie die Ergebnisse der faunistischen Kartierungen sind ausführlich in Unterlage 19.1 Kapitel 2.5, den Fachgutachten (Schulte 2010& 2016, Dietz 2014) bzw. im Bestands- und Konfliktplan (siehe Unterlage 19.2) dargestellt. Eine Plausibilisierung der Habitatstrukturen erfolgte in 2020. Nachfolgend werden lediglich die planungsrelevanten Fakten für den Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag bezüglich gemeinschaftsrechtlich geschützter Tierarten zusammengefasst.

Die Prüfung etwaiger Verbotstatbestände gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG der im Gebiet festgestellten planungsrelevanten Tierarten erfolgt unter Berücksichtigung der in Kapitel 4 dargestellten Vermeidungsmaßnahmen bzw. der vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen). Die artbezogene Abarbeitung der einzelnen Prüfschritte wird anhand eines Formblattes welches von der Straßenbauverwaltung zu Anwendung empfohlen ist, durchgeführt (vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG 2009).

## 7.1 Fledermäuse

Im Zuge der Untersuchungen im Bereich der Portale wurden 2010/11 9 Fledermausarten nachgewiesen. Für drei Arten wurden Quartiere festgestellt, die restlichen nutzten den Untersuchungsraum als Jagdhabitat.

Vorkommen folgender Arten konnten innerhalb des Plangebiets nachgewiesen werden:

- *Braunes Langohr* (*Plecotus auritus*)
- *Bartfledermaus* (*Myotis mystacinus*)
- *Fransenfledermaus* (*Myotis nattereri*)
- *Mausohr* (*Myotis myotis*)
- *Abendsegler* (*Nyctalus noctula*)
- *Kleinabendsegler* (*Nyctalus leisler*)
- *Zwergfledermaus* (*Pipistrellus pipistrellus*)
- *Rauhhaufledermaus* (*Pipistrellus nathusii*)
- *Nordfledermaus* (*Eptesicus nilssonii*)

Die nachgewiesenen Fledermäuse wurden daher auf ein mögliches Eintreten der Verbotsstatbestände gem. § 44 (1) Nr. 1-3 hin überprüft (siehe Artenblätter).

### **Verbotstatbestand gemäß § 44 (1) Nr. 1 BNatSchG**

Ein baubedingter Verlust von Einzelindividuen kann aufgrund der grundsätzlich geringen Geschwindigkeit der Baufahrzeuge und der sehr guten Manövrierfähigkeit der Fledermäuse ausgeschlossen werden.

Betriebsbedingt ist nicht mit einem erhöhten Tötungsrisiko zu rechnen, da die bestehende Straße als Vorbelastung vorhanden ist und aufgrund des Tunnelbaus nicht mit einer signifikanten Erhöhung des Verkehrsaufkommens zu rechnen ist.

Die Winterquartiere im Bereich des Westportals (Durchlass unter der Straße) sind von der Baumaßnahme nicht betroffen, da das Bauwerk des Durchlasses unverändert bleibt.

Die Gefahr eines Verlustes von Einzelindividuen des Braunen Langohrs im Zuge des Abriss der Rußhütte wird vermieden, indem dieses unmittelbar vor Abriss hinsichtlich der vorhandenen Ritzen und Spalten auf aktuellen Besatz durch Fledermäuse untersucht wird.

Somit kann der Verbotstatbestand der Tötung von Einzelindividuen ausgeschlossen werden.

### **Verbotstatbestand gemäß § 44 (1) Nr. 2 BNatSchG**

Eine Störung mit Auswirkung auf den Erhaltungszustand ist im Rahmen des Vorhabens nicht zu erwarten. Im Falle von nächtlichen Bauarbeiten im Bereich der Portale ist davon auszugehen, dass die betroffenen Fledermäuse zur Jagd zeitweilig in ein Ersatz- bzw. Ausweich-Jagdhabitat ausweichen werden.

Somit kann der Verbotstatbestand der Störung ausgeschlossen werden.

### **Verbotstatbestand gemäß § 44 (1) Nr. 3 BNatSchG**

Im Eingriffsbereich ist durch die Nutzung der Rußhütte mit Sommer- und ggf. auch Winterquartieren von einer Betroffenheit des Braunen Langohrs durch den Verlust der Fortpflanzungs- und Ruhestätten auszugehen. Dieser Verlust muss im Rahmen einer vorgezogenen (CEF-)Maßnahme ersetzt werden.

Als Ersatz der Fortpflanzungs- und Ruhestätten innerhalb des Gebäudes wird die Rußhütte einschließlich der Quartiersstrukturen wieder aufgebaut. Vorsorglich werden Fledermausflachkästen an Einzelbäumen und am Gebäude des Baureferats Süd in der unmittelbaren Umgebung aufgehängt, um bis zum vollständigen Wiederaufbau die Aufrechterhaltung der ökologischen Funktion zu unterstützen.

Die Verbotstatbestände gemäß § 44 (1) Nr. 1 bis 3 BNatSchG werden nicht erfüllt.

## **7.2 Avifauna**

Alle europäischen Vogelarten sind besonders geschützt und auf ein mögliches Eintreten der Verbotstatbestände gem. § 44 (1) Nr. 1-3 hin zu überprüfen. Betrachtet werden die Gilde der Baum-/Höhlen- und Gebüschbrüter sowie der Haussperling als Art der Vorwarnliste.

### **Verbotstatbestand gemäß § 44 (1) Nr. 1 BNatSchG „Tötung“**

Grundsätzlich besteht die Gefahr des Verlustes von Einzelindividuen der Avifauna durch die Bautätigkeit. Um dies zu vermeiden, werden die Rückschnitt- und Rodungsarbeiten im Winterhalbjahr vor Beginn der Bauarbeiten und damit außerhalb der Brutzeit der ansässigen Avifauna durchgeführt. Der Abbruch der Rußhütte erfolgt außerhalb der Brutzeit des Hausperlings bzw. sofern bei einer Kontrolle auf aktuellen Besatz keine Betroffenheit eines Brutreviers festgestellt wird. Somit kann der Verbotstatbestand der Tötung von Einzelindividuen ausgeschlossen werden.

### **Verbotstatbestand gemäß § 44 (1) Nr. 2 BNatSchG „Störung“**

Eine Störung der Avifauna durch die Bautätigkeit wird aufgrund der Vorbelastung durch die vielbefahrene B 462 bzw. die Siedlungsbereiche als vernachlässigbar eingestuft.

Somit kann der Verbotstatbestand der Störung ausgeschlossen werden.

### **Verbotstatbestand gemäß § 44 (1) Nr. 3 BNatSchG „Verlust von Fortpflanzungs- und Ruhestätten“**

Die Rückschnitt- und Rodungsarbeiten werden auf das erforderliche Mindestmaß beschränkt und finden im Winterhalbjahr vor Beginn der Bauarbeiten und damit außerhalb der Brutzeit der ansässigen Avifauna statt.

Weiterhin stehen Fortpflanzungs- und Ruhestätten für Baum-, Hecken- und Gebüschbrüter im räumlichen Zusammenhang in ausreichendem Umfang zur Verfügung. Für den Haussperling werden vor Baubeginn Nistkästen im Umfeld des Ostportals angebracht.

Somit kann der Verbotstatbestand des Verlustes von Fortpflanzungs- und Ruhestätten ausgeschlossen werden, da die Funktion im räumlichen Zusammenhang weiterhin gewährleistet werden kann.

Die Verbotstatbestände gemäß § 44 (1) Nr. 1 bis 3 BNatSchG werden demnach nicht erfüllt.

## 8 Ausnahmeprüfung und Risikomanagement

Mithilfe der aufgeführten Vermeidungs- und vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen (= CEF-Maßnahmen) können Verbotstatbestände ausgeräumt werden. Eine artenschutzrechtliche Ausnahme wird daher nicht erforderlich.

## 9 Zusammenfassung

Durch den erforderlichen Abbruch der Rußhütte im Bereich des umzugestaltenden Knotenpunkts am Ostportal gehen Quartiersstrukturen für Fledermäuse verloren. Nachgewiesen wurde an der Rußhütte eine Quartiersnutzung des Braunen Langohrs, im milden Winter 2020 wurde auch eine überwinternde Bartfledermaus nachgewiesen. Weiterhin wurde an der Rußhütte ein Brutrevier der Art der Vorwarnliste Haussperlings erfasst, dass beim Abbruch verloren geht.

Zur Vermeidung von baubedingter Tötung einzelner Fledermäuse und brütender Vögel ist die Rußhütte vor Baubeginn auf aktuellen Besatz zu kontrollieren (Vermeidungsmaßnahme). Zur dauerhaften Aufrechterhaltung der Funktionalität als Fortpflanzungs- und Ruhestätte wird die Rußhütte einschließlich geeigneter Sommer- und Winterquartiersstrukturen für Fledermäuse und Brutplätze für Haussperlinge analog zur Bestandsituation wieder aufgebaut (dauerhafte CEF-Maßnahme). Bis die Funktionalität durch den Wiederaufbau hergestellt wird, werden vorübergehend Quartierstrukturen in Form von Fledermauskästen und Nistkästen an Gebäuden im Umfeld des Ostportals aufgehängt und temporär unterhalten.

Durch die anlagebedingte Flächeninanspruchnahme in Gehölzbeständen sind Beeinträchtigungen von Fortpflanzungs- und Ruhestätten der Avifauna (Waldrand am Westportal und Einzelbäume am Ostportal) sowie Nahrungshabitate für Fledermäuse nicht auszuschließen bzw. in begrenztem Umfang zu erwarten. Der Eingriff betrifft für alle betrachteten Arten Randbereiche der Lebensräume, so dass ausreichend Habitatstrukturen im Umfeld zur Verfügung stehen und keine essentiellen Teilhabitate so erheblich geschädigt werden, dass die Funktionsfähigkeit vollständig entfällt.

Für die nachgewiesenen Quartiere der Fledermausarten Fransenfledermaus und Mausohr am Entwässerungsstollen in der Boschenlochkurve besteht keine Beeinträchtigung, da der Stollen erhalten und weiterhin genutzt wird.

Nach gutachterlicher Einschätzung treten bei sorgfältiger Umsetzung der Vermeidungsmaßnahmen sowie der CEF-Maßnahmen keine Verbotstatbestände im Zusammenhang zwischen dem Eingriff und geschützten Arten auf. Die ökologischen Funktionen im räumlichen Zusammenhang können somit aufrechterhalten werden. Das Zerstörungsverbot der Fortpflanzungs- und Ruhestätten ist somit nicht einschlägig.

Auch das Tötungsverbot ist nicht einschlägig, da bei Berücksichtigung der Vermeidungsmaßnahmen das Tötungsrisiko der betrachteten Arten nicht signifikant erhöht wird, und auch eine Tötung einzelner Individuen nicht zu erwarten ist.

Durch die kleinräumige Beanspruchung am Rand der bestehenden und als Vorbelastung geltenden B 462 wird keine Verschlechterung der Erhaltungszustände der lokalen Populationen prognostiziert. Das Störungsverbot ist somit ebenfalls nicht einschlägig.

## **10 Literatur und Quellen**

Hinweis: Die Literaturangaben sind zur Vermeidung von Verdopplungen ausschließlich in Unterlage 19.1 aufgeführt.